

Home > Open Source >

Wir sind von außen so bedroht, weil wir im Inneren schwach sind: Drei Wege aus der Unmündigkeit

## **OS** Wir sind von außen so bedroht, weil wir im Inneren schwach sind: Drei Wege aus der Unmündigkeit

Elf Prozent der Arbeitnehmer sind Beamte, Junge flüchten in die Arme des Staats. Wir brauchen eine Renaissance der Eigeninitiative, Leistung in der Bildung, weniger Rundumversorgung.

Hans F. Bellstedt

24.03.2024 | 06:58 Uhr



Eine funktionierende Verwaltung ist zwar wichtig, um ein Gemeinwesen am Laufen zu halten, aber Wertschöpfung bringen nur Unternehmen.

imagebroker/imago

**U**nsere Freiheit ist in Gefahr. Wädhnten wir uns vor etwas mehr als 30 Jahren, nach dem Fall der Mauer und dem Auseinanderbrechen des Sowjetimperiums, am „Ende der Geschichte“, so müssen wir spätestens seit Putins Überfall auf die Ukraine konstatieren, dass die vermeintliche globale Dominanz der liberalen Ordnung von kurzer Dauer war.

Dabei darf der gebannte Blick auf Putin, aber ebenso auf China, Iran oder Nordkorea, nicht davon ablenken, dass unsere Freiheit auch im Inneren, bei uns selbst, in die Zange genommen wird.

Da sind die Rechtspopulisten, die gegen unsere parlamentarische Demokratie ein autoritäres Staatsverständnis in Stellung bringen, in dem die Unabhängigkeit der Justiz wie auch der Medien zur Disposition gestellt wird. Gleichzeitig erzielen linke Identitätspolitiker mit ihrer Fixierung auf Minderheitsinteressen und der Verengung von Meinungskorridoren beängstigende Geländegewinne. Moralische Selbstüberhöhung und Cancel Culture bedeuten nichts weniger als einen Anschlag auf unsere Wissenschafts- und Meinungsfreiheit.



Woran es fehlt, ist der Mut, der eigenen Leidenschaft zu folgen, etwas zu wagen und den Schritt in die Selbstständigkeit zu gehen.

Tetra Images/imago

### Großkonzern und Beamtenapparat: Aber wo sind die Gründer?

Die beschriebenen Gefahren und Gefährder bedrohen unsere Freiheit auch deshalb, weil es uns an innerer Widerstandskraft mangelt. Man muss nicht zwingend das Wort von der spätrömischen Dekadenz bemühen. Aber dass es uns an wirtschaftlicher Stärke und globaler Wettbewerbsfähigkeit fehlt, bezweifelt inzwischen nicht einmal mehr der für Wirtschaft zuständige Bundesminister. Eine immer höhere Staatsquote, stetig steigende Subventionen sowie eine ausufernde Bürokratie lähmen Innovation und Wachstum. Auch der ins Unermessliche wachsende Beamtenapparat trägt nicht zur Dynamik einer Gesellschaft bei. Derweil zementieren die jüngsten Beschlüsse der Ampelkoalition zur [Rentenpolitik](#) – sieht man vom Einstieg in die Kapitaldeckung durch das Generationenkapital ab – ein Sozialstaatsprinzip, welches weder durch bedarfsadäquate Zielgenauigkeit noch durch Nachhaltigkeit überzeugt.

Was können wir tun, um die offene Gesellschaft im Inneren wieder stark zu machen? Auf mindestens drei Feldern bedarf es einer Neuausrichtung: in der Wirtschaftspolitik, bei der sozialen Sicherung und in der Bildung. In der Wirtschaft geht es vor allem um eine Renaissance des Unternehmertums. Deutschland braucht wieder mehr Gründer, mehr Entrepreneurship, mehr Wagniskultur. Heute strebt die Mehrzahl der Hochschulabgänger entweder in die Welt der großen Beratungen, der Konzerne – oder in den Staatsdienst. Tatsächlich sind in den warmen Stuben der Ministerien, Behörden, kommunalen Ämter und Betriebe mehr als fünf Millionen Menschen oder elf Prozent aller Beschäftigten tätig.

Open Source  
**Newsletter**

Kontrovers, vielfältig, ehrlich:  
Die besten Beiträge in Ihrem Postfach.

**Abonnieren**

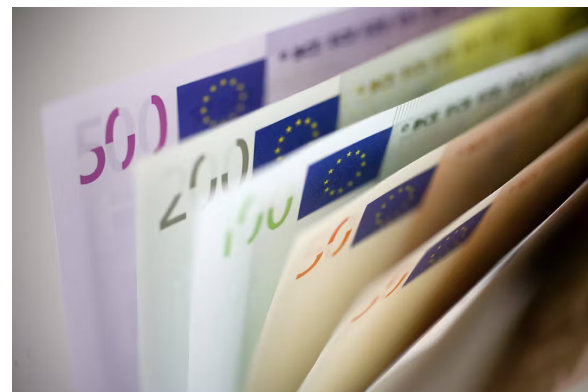
Ich bin damit einverstanden, dass die Berliner Verlag GmbH meine E-Mail-Adresse speichert und mich über weitere Open Source Beiträge informiert. Die Adresse wird ausschließlich zum Newsletter-Versand genutzt und nicht weitergegeben. Diese Einwilligung kann ich jederzeit widerrufen.

Keine Frage: Eine funktionierende Verwaltung ist wichtig, um ein Gemeinwesen in einer

immer komplexeren Welt am Laufen zu halten. Aber von Beamtinnen und Beamten allein kann eine freie Gesellschaft nicht leben. Entscheidend für die Vitalität und Resilienz einer Volkswirtschaft ist vielmehr die Bereitschaft möglichst vieler Menschen, eigenverantwortlich zu handeln, Kreativität zu entwickeln und auch einmal ein Risiko einzugehen, beispielsweise durch Gründung eines eigenen Unternehmens. Die erforderliche Rechtssicherheit dafür ist gegeben, an Förderprogrammen mangelt es nicht, während Risikokapitalgeber und Family Offices stets auf der Suche nach attraktiven Investitionsobjekten sind. Woran es hingegen fehlt, ist der Mut, der eigenen Leidenschaft zu folgen, etwas zu wagen und den Schritt in die Selbstständigkeit zu gehen. Hier bedarf es eines echten Mentalitätswandels – raus aus dem Versorgungsdenken, rein in eine neue Wagniskultur. Die Lust darauf sollte – Verbände fordern es seit Jahren zu Recht – schon in den Schulen geweckt werden: Je früher Jugendliche an unternehmerisches Denken herangeführt werden, desto größer die Chance, dass sie später mit ihrem eigenen Start-up den Markt aufwirbeln.

### Ein Drittel des Wohlstands fließt in Umverteilung

Zweitens: Soziale Sicherung. Die ist in Deutschland besonders ausgeprägt. So haben wir im Jahr 2021 rund 1,2 Billionen Euro für soziale Leistungen aufgewendet, das entspricht fast genau einem Drittel des Bruttoinlandsprodukts. Dahinter verbergen sich zum einen die beitragsfinanzierten Systeme der gesetzlichen Renten-, der Kranken-, der Pflege- sowie der Arbeitslosenversicherung. Hier zahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch in die jeweiligen Kassen ein. Zum anderen reicht der Staat in erheblichem Maße steuerfinanzierte Transferleistungen aus – von der Sozialhilfe und dem neuen Bürgergeld über das Wohngeld bis hin zu einer Vielzahl von familienpolitischen Leistungen wie etwa dem Kinder-, Eltern- und Mutterschaftsgeld, dem Kinderzuschlag oder dem Unterhaltsvorschuss. „You’ll never walk alone“ – so fasste Bundeskanzler Olaf Scholz das weitreichende Sicherheitsversprechen des Staates einmal zusammen.



Schon heute wendet der Bund jährlich rund 120 Milliarden Euro allein zur Stützung der gesetzlichen Rente auf.

photothek/imago

Jedoch sollten die politisch Verantwortlichen den Bürgerinnen und Bürgern in Krisenzeiten vermitteln, dass sie auch wieder lernen müssen, alleine zu laufen. Die Verteilungskonflikte, auf die wir gegenwärtig zusteuern, werden uns ansonsten zerreißen. Schon heute wendet der Bund jährlich rund 120 Milliarden Euro allein zur Stützung der gesetzlichen Rente auf. Bei einem Gesamtvolumen des Bundeshaushalts von rund 470 Milliarden Euro ist das kein

kleiner Betrag – und er wird weiter steigen. Dies schränkt die finanziellen Spielräume für dringend benötigte Investitionen merklich ein. An einer Umkehr in der Sozialpolitik führt deshalb kein Weg vorbei. So sollte die Ampelkoalition bei der Altersvorsorge beherzt die Türen in Richtung von mehr betrieblicher und privater Vorsorge aufstoßen. Mehr Entgeltumwandlung in den Betrieben wie auch eine Riester-Reform mit dem Ziel, mehr Geringverdiener zum geförderten Sparen zu bewegen, weisen in die richtige Richtung. Sicher, dabei muss jeder von uns zum Rechner greifen, Sparpläne entwickeln und auch zu Konsumverzicht bereit sein. Je mehr wir dadurch aber die öffentlichen Haushalte entlasten, desto mehr Mittel stehen zur Verteidigung unserer Freiheit zur Verfügung.



### Europarat rügt Deutschland: Zu wenig Anstrengung im Kampf gegen Ungleichheit

In einem Bericht wirft der Europarat Deutschland zahlreiche Versäumnisse vor. Die Bundesrepublik müsse mehr gegen die wachsende Armut unternehmen.

Politik 19.03.2024

### Bildungspolitische Experimente haben unsere Schulen zerrüttet

Der dritte Hebel zur Revitalisierung unserer Gesellschaft liegt in einer Neuausrichtung unseres Bildungssystems. Heute stehen wir vor den Trümmern jahrzehntelanger bildungspolitischer Experimente, die stets auch ideologisch und sozialpolitisch motiviert waren. Eine allfällige Umkehr unserer Bildungspolitik sollte drei einfachen Fragen folgen: Warum lernen wir? Was lernen wir? Und wie sollte das Lernen organisiert werden? Die Frage nach dem Warum führt uns zurück zu Wilhelm von Humboldt: Dem großen preußischen Bildungsreformer ging es zu Beginn des 19. Jahrhunderts darum, junge Menschen zu aufgeklärten, mündigen Bürgern zu erziehen. Ganz im Sinne Immanuel Kants sollten sie dazu befähigt werden, sich „ihres eigenen Verstandes zu bedienen“, um auf diesem Wege ihr Differenzierungsvermögen und ihre Urteilskraft zu stärken. Heute, in Zeiten massiver Meinungsmanipulation (Stichwort Trollfabriken), können diese Fähigkeiten gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.



Warum lernen wir? Was lernen wir? Und wie sollte das Lernen organisiert werden?

Thomas Köhler/imagio

Damit einhergehend, müssen die Lehrpläne wieder stärker auf basale Grundfertigkeiten,

namentlich Lesen, Schreiben und Rechnen, ausgerichtet werden. Gerade Kinder aus zugewanderten Familien haben nur dann eine Chance auf ein eigenständiges Leben in Deutschland, wenn sie unsere Sprache beherrschen und mit der damit einhergehenden Kultur vertraut gemacht werden. Schule ist somit der entscheidende Hebel für eine bessere Integration. Sodann müssen wir die Prinzipien des Lernens kritisch hinterfragen. Wer, wie die Lehrgewerkschaft DGB, das Allheilmittel im gemeinsamen Lernen, unabhängig vom Leistungsniveau der einzelnen Schüler, sieht, verhindert, dass Spitzenleistungen sich ungehindert entfalten können. Wo aber sollen dann die Nobelpreisträger von morgen herkommen? Gerechter wäre es, besonders begabten Schülern keine Steine in den Weg zu legen und zugleich alles dafür zu tun, dass Schülerinnen und Schüler mit Lernschwächen durch kleinere Klassen, eine optimale Betreuung und moderne Ausstattung echte Aufstiegschancen erhalten. Das Startchancenprogramm der Bundesregierung – 20 Milliarden Euro über zehn Jahre speziell für Schulen in Problemkiezen – weist hier genau in die richtige Richtung.



#### **Bericht: Geburtenraten sinken weiter - was heißt das?**

Frauen bekommen immer weniger Kinder. Das ist fast überall auf der Welt so. Was bedeutet das für die Zukunft? Ein neuer Bericht versucht sich an Prognosen.

UN 21.03.2024

Mit Putins Überfall auf die Ukraine sind wir in eine radikal neue Zeit gestoßen worden. Um den Angriff auf unsere Freiheit erfolgreich abzuwehren, werden wir deutlich mehr Mittel für die militärische Verteidigung aufwenden müssen. Seit dem einschneidenden Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts ist der bequeme Weg über eine noch höhere Staatsverschuldung verbaut. Somit bleibt uns keine Wahl, als durch mehr Unternehmergeist, mehr Eigenverantwortung bei der sozialen Sicherung sowie eine Neuausrichtung unseres Bildungssystems den Staat zu entlasten und somit zur Vitalität und Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaft beizutragen. Der Weg dorthin wird steinig und unbequem. Unsere Freiheit sollte uns das wert sein.

*Hans F. Bellstedt (60), promovierter Historiker, ist Autor des Buches „Die Vermessung der Freiheit – was unsere offene Gesellschaft bedroht, und wie wir sie stärken können“ (Berlin, 2023). Der selbstständige Unternehmer ist Lehrbeauftragter für Public Affairs an der TU Berlin, Leseplate in einer Willkommensklasse im Berliner Wedding und Co-Vorsitzender des FDP-Ortsverbandes Oranienburger Tor.*

*Das ist ein Beitrag, der im Rahmen unserer Open-Source-Initiative eingereicht wurde. Mit Open Source gibt der Berliner Verlag freien Autorinnen und Autoren sowie jedem Interessierten die Möglichkeit, Texte mit inhaltlicher Relevanz und professionellen Qualitätsstandards anzubieten. Ausgewählte Beiträge werden veröffentlicht und honoriert.*

*Dieser Beitrag unterliegt der Creative Commons Lizenz (CC BY-NC-ND 4.0). Er darf für nicht kommerzielle Zwecke unter Nennung des Autors und der Berliner Zeitung und unter Ausschluss jeglicher Bearbeitung von der Allgemeinheit frei weiterverwendet werden.*